



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	38. Sitzung
Datum	Dienstag, den 01.06.2010
Sitzungsbeginn	18:10 Uhr
Sitzungsende	19:25 Uhr
Sitzungsort	Plenarsaal des Neuen Rathauses (1. OG)

Anwesend waren:

Die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrates lt. Originalanwesenheitslisten (einzusehen im Büro der Stadtverordnetenversammlung) sowie die Mitglieder der Verwaltung.

StV **V o l c k** eröffnete die Sitzung, begrüßte die Stadtverordneten, die Mitglieder des Magistrats und der Verwaltung sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Im Besonderen begrüßte er Herrn StR Semler zu seiner ersten Sitzungsteilnahme sowie die Klasse 7 d der Freiherr-vom-Stein-Schule.

Er stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und keine Änderung der vorgeschlagenen Tagesordnung beantragt worden sei. Er stellte weiter fest, dass die Stadtverordnetenversammlung mit 56 Stadtverordneten beschlussfähig ist.

Im Anschluss daran ehrte StV **V o l c k** im Namen der Anwesenden den verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten **Ernst Friedrich**.

T a g e s o r d n u n g:

TOP 1
Fragestunde

TOP 2
1768/10
Resolution gegen Rechtsextremismus in Wetzlar
I/615

TOP 3
1720/10
Jahresrechnung 2008
Überplanmäßige Ausgaben
I/604

TOP 4

1752/10

Überplanmäßige Auszahlung Erneuerung Kunstrasenplatz Klosterwald gemäß § 114 g Hessische Gemeindeordnung (HGO)

I/616

TOP 5

1763/10

**Neue Benutzungstarife
Stadthalle Wetzlar/Bürgerhäuser**

I/614

TOP 6

1727/10

**Mitgliedschaft der Stadt Wetzlar im
Hessischen Städte- und Gemeindebund**

I/610

TOP 7

1729/10

Berichtswesen IV. Quartal

I/606

Mitteilungsvorlage

TOP 8

1751/10

**Bauleitplanung der Stadt Wetzlar, Stadtbezirk Niedergirmes
Bebauungsplan Wetzlar Nr. 405 „Nahversorgungszentrum Naunheimer
Straße/Dammstraße“**

I/612

TOP 9

1754/10

Feuerwehrhauptstützpunkt Wetzlar – Anbau einer Fahrzeughalle

I/613

TOP 10

1779/10

**Palais Papius
Präsentation hist. Parkettbodenbelag
Prüfungsauftrag**

I/617

TOP 11

1748/10

Schaffung einer Eisfläche an der Funsporthalle Westend

I/609

TOP 12

1724/10

Nachfolge von Stadtrat Hauptvogel in verschiedenen Gremien

I/611

TOP 13

Vergabekommission

- Wahl eines Mitgliedes und eines stellv. Mitgliedes -

TOP 14

1549/09

**Komplettierung der Lichtzeichenanlage
im Bereich Seibertstraße/Neustadt**

I/541

- Stellungnahme des Magistrats vom 01.03.2010 -

TOP 15

Verschiedenes

TOP 1

Fragestunde

Frage Nr. : 1783/10 - III/130

vom : 28.05.2010

Fragestellerin : Stve. Dr. Göttlicher-Göbel, SPD-Fraktion

Stve. Dr. G ö t t l i c h e r - G ö b e l:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, als Vorbemerkung: Die Stadt Wetzlar hat den Bebauungsplan Rasselberg beschlossen. Im Frühjahr wurde der Gehölzbestand auf einer Teilfläche, nämlich der sog. 'Leibschens Baumschulfläche', von einer Gartenbaufirma entfernt. Inzwischen hat eine Bürgerinitiative gegen eine Rasselberg-Bebauung ein Normenkontrollverfahren eingeleitet und bei der Stadt eine schriftliche Rüge von Verfahrens- und Abwägungsfehlern eingereicht.

In diesem Zusammenhang frage ich den Magistrat, warum trotz der genannten Schrifteingänge sowie der derzeitigen Haushaltslage bereits Aufträge zur Erarbeitung von Planungen zu Abwasser und Straßenbau für das Baugebiet erteilt wurden und wann mit dessen Fertigstellung zu rechnen ist.“

StR B e c k:

„Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Dr. Göttlicher-Göbel, ich beantworte Ihre Frage wie folgt: Die Stadtverordnetenversammlung beschloss den Bebauungsplan mit der Nummer 293 Rasselberg am 09.12.2008 als Satzung. Der Satzungsbeschluss wurde am 23.04.2009 in der WNZ bekanntgemacht. Mit Schriftsatz vom 22.04.2010 stellten 3 Anwohner beim VGH Kassel fristgemäß einen Normenkontrollantrag. Ein Antrag der Bürgerinitiative liegt nicht vor.

Der Antrag entfaltet keine aufschiebende Wirkung, der rechtsgültige Bebauungsplan wird nicht außer Kraft gesetzt. Im Haushaltsplan 2010 stehen für die Kanalplanung, Rodungsarbeiten und Straßenplanungen Mittel bereit. Die Umsetzungsfähigkeit ist damit gegeben und die genannten Planungen wurden beauftragt. Im Moment kann noch keine Aussage zur Fertigstellung der Entwurfsplanung gemacht werden. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung werden durch entsprechende Beschlussvorlagen beteiligt.“

TOP 2

1768/10

Resolution gegen Rechtsextremismus in Wetzlar

Stv. B o r c h e r s nahm Bezug auf den Brandanschlag vom 05.03.2010 auf das Wohnhaus, in welchem der Pastoralreferent der kath. Domgemeinde, Joachim Schaefer, wohnte und äußerte sich dahingehend, dass jeder Brandanschlag verabscheuungswürdig sei, egal aus welchem Grund. Politisch motivierte Gewalt werde von allen verneint. Deswegen „Nein zum rechtsextremistischen Gedankengut“, wogegen wir uns alle wehren müssen. Insbesondere auch, weil Wetzlar als Modellregion Integration von der Landesregierung ausgewählt worden sei. Die Stadtverordnetenversammlung müsse ein deutliches Signal geben. Äußerungen wie „Der Islam ist auf Eroberung der Weltherrschaft fixiert“ und „Wir brauchen nicht mehr Muslime, sondern weniger“ seien kontraproduktiv. Es gehe nicht um Personen, sondern um Inhalte. Plattheiten dürften nicht gesagt werden. Zu den Inhalten des letzten Absatzes der Begründung, dass Wetzlar eine Stadt der Vielfalt sei, in der Menschen unterschiedlicher Herkunft, unterschiedlicher politischer Überzeugung und unterschiedlichen Glaubens friedlich miteinander leben können und sollen, müsse man stehen.

FrkV Dr. B ü g e r erklärte, in Wetzlar habe politischer und religiöser Extremismus keinen Platz. Dazu habe sich OB Dette klar erklärt. Die Äußerungen von Herrn Irmer seien Gegenstand einer Debatte im Hessischen Landtag gewesen. Aufgrund dessen habe Herr Irmer seine Äußerungen zurückgenommen und sich entschuldigt. Deswegen sehe er keine Erfordernis, die Diskussion im Landtag hier „nachzuspielen“. Dem Bürger tue man damit keinen Gefallen, weil es Kräfte gebe, die versuchen, Wetzlar als Hochburg des politischen Extremismus darzustellen. Diesem Eindruck sei entgegenzutreten. Er lege folgenden Änderungsvorschlag vor und lade alle Fraktionen ein, dieser geänderten Resolution zuzustimmen:

„Die Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung bekräftigt erneut, dass rechtsextremes Gedankengut und rechtsextreme Handlungsweisen in Wetzlar keinen Platz haben. Das Engagement von Wetzlarer Einwohnerinnen und Einwohnern gegen jede Form von politischem oder religiösem Extremismus wird ausdrücklich begrüßt.

Wetzlar ist eine Stadt der Vielfalt, wo Menschen unterschiedlicher kultureller Identität und unterschiedlichen Glaubens eine friedliche Zukunft haben. Dies wird beispielsweise auch durch die 'Modellregion Integration' der Hessischen Landesregierung unterstützt. Wir laden deshalb alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte aus Stadt und Region ein, an diesem Gestaltungsprozess konstruktiv mitzuwirken.“

Stv. Z e i s e r führte aus, sie könne die Argumentation von FrkV Dr. Bürger hinsichtlich der Behandlung dieser Thematik in der Stadtverordnetenversammlung nicht nachvollziehen, weil es sich um eine Wetzlarer Angelegenheit handele.

FrkV K r a t k e y stellte fest, dass die SPD die Resolution von Stv. Borchers im ganzen Wortlaut mittrage. Die Aussagen von FrkV Dr. Bürger im Blick auf die Landtagsdebatte könne auch er nicht mittragen. Man könne hier nicht in Zuständigkeiten denken, weil die heimische Region betroffen sei, u. a. des Landtagsabgeordneten und als Modellregion Integration. Die Resolution sei nicht vergleichbar mit der Resolution der Standortfrage des Arbeitsgerichtes. Er finde den Antrag von Stv. Borchers gut. Die SPD werde der Ursprungsfassung zustimmen.

- Auf Antrag des FrkV Kratkey wird der Redebeitrag des FrkV Altenheimer wörtlich protokolliert -

FrkV A l t e n h e i m e r:

„Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Borchers, also es gab selten einen Antrag von der Grünen-Fraktion, der weiter weg war von der Zustimmung wie dieser. Und ich möchte das auch kurz begründen: Nicht nur, dass hier bewusst ein demokratisch gewählter Abgeordneter des Hessischen Landtags indirekt über Zitate mit zum Teil strafrechtlich verfolgten Personen gleichgestellt wird. Allein das hat Hans-Jürgen Irmer nicht verdient und das werden wir hier auch an keiner Stelle so durchgehen lassen, dass auch nur am Rande dieser Eindruck erweckt werden kann. Das zum einen.

Aber das ist ein Punkt, den man vielleicht noch als solches betrachtet hätte ausräumen können. Viel schwerwiegender wiegt hier die Entstehungsgeschichte dieses Antrages. Und mir liegen, oder der CDU-Fraktion, liegen Papiere vor, Protokolle, wo eine Gruppe von engagierten Bürgern und Einwohnern sich getroffen hat, und zwar um gegen Hans-Jürgen Irmer vorzugehen. Nicht gegen irgendwelche Aussagen, so abstrakt, sondern gegen Hans-Jürgen Irmer.

Und da sind Punkte verabredet worden, ich will nicht die ganze Palette hier vortragen, aber so ein paar, die mich besonders nachdenklich machten. Es soll also eine ähnliche Symbolik aufgebaut werden, wie bei den Milchbauern, mit Traktoren vorfahren. Es sollen Kundgebungen vor der CDU Lahn-Dill mit Presse und Megaphon gemacht werden. Es soll sich zu spontanen 'Flashmob-Aktionen' getroffen werden. Es soll nach dem Minimax-Prinzip gegen Irmer vorgegangen werden und Hans-Jürgen Irmer soll durch Leserbriefe verletzt werden.

All das hat einen Politikstil hier offenbart, der im Keim eine ganz neue Qualität der Auseinandersetzung trägt. Und diese Qualität meine ich hier im negativsten Sinne. Wir können und werden das so nicht durchgehen lassen. Ich habe jetzt diese Informationen, ich kann die Quelle nicht nennen. Vielleicht stimmt ja auch alles nicht. Aber ich muss jetzt zunächst mal davon ausgehen, dass es solche Verabredungen gab.

Zweitens, und das ist in einem öffentlichen Teil verabredet worden, und deswegen haben wir auch anscheinend den Antrag hier. Da ist nämlich u. a. festgelegt worden, dass Dringlichkeitsanträge gestellt werden sollen, um das Thema hier vorzutragen. Das ist ja im Prinzip nichts schlimmes, aber das sollte wohl, weil zufälligerweise die Kreistagsfraktion auf dieselbe Idee gekommen ist, da muss das wohl mit einer Dringlichkeit auf die Tagesordnung gebracht worden sein, das ist anscheinend dort gescheitert.

Und deswegen haben wir jetzt hier diesen Antrag vorliegen, der nämlich im Duktus und deswegen 'Hans-Jürgen Irmer - Rechtsradikalismus', hier soll schon eine Klammer gebunden werden. Ich bin mir da nicht sicher, wer jetzt dahintersteckt. Ob das jetzt die engagierten Einwohner waren, die sie jetzt instrumentalisiert haben. Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht, ob das aus dem Landtag hier reingetragen worden ist. Ich weiß nur eins: Wenn man diesem Antrag so zustimmt, macht man sich in irgendeiner Art und Weise natürlich schon zu Marionetten, zu Weiterträgern von politischen Gruppierungen.

(Zwischenruf FrkV Michalek: „Wir sind keine Marionetten“) Es entsteht der Eindruck, ob Sie das sind, das müssen Sie selbst entscheiden, wie Sie mit dem Thema hier umgehen. Wir von der CDU-Fraktion distanzieren uns ausdrücklich von solchen Vorgehensweisen. Vielmehr legen wir Wert darauf, dass alle extremistischen Aktivitäten in Wetzlar keinen Platz haben. Auch das hat der Kollege Bürger hier schon so zum Ausdruck gebracht und deswegen unterstützt meine Fraktion die Resolution bzw. den Änderungsantrag von Herrn Matthias Bürger. Ich bedanke mich.“

Stv. Dr. **V i e r t e l h a u s e n** begrüßte das Engagement der Wetzlarer Bürger zu diesem Thema. Dieses Engagement müsse im rechtsstaatlichen Rahmen geschehen. Stv. **B o r c h e r s** wies den Instrumentalisierungsversuch von FrkV Altenheimer zurück. Alles sei „Originalton Borchers“. Selbstverständlich sei jeder Landtagsabgeordnete demokratisch legitimiert. Es gehe hier um einen politischen Meinungsbildungsprozess. Es wäre schlimm, wenn alles, was schon einmal besprochen worden sei, tabuisiert werde. Auch wies er darauf hin, dass er bereits am 17.05.2010 allen Fraktionsvorsitzenden den Text zugänglich gemacht habe.

FrkV **L e f è v r e** stellte fest, mit dem Änderungsantrag sei alles gesagt. Es bestehe nicht die Absicht, zu polemisieren und stigmatisieren. Die Freien Wähler werden dem Änderungsantrag zustimmen.

OB **D e t t e** betonte, es müsse klar sein, sich von allen kriminellen Handlungen zu distanzieren. Rechtsextremismus müsse vermieden werden. Wetzlar sei eine tolerante Stadt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste mehrheitlich (30.0.26) folgenden Beschluss:

Die Wetzlarer Stadtverordnetenversammlung bekräftigt erneut, dass rechtsextremes Gedankengut und rechtsextreme Handlungsweisen in Wetzlar keinen Platz haben. Das Engagement von Wetzlarer Einwohnerinnen und Einwohnern gegen jede Form von politischem oder religiösem Extremismus wird ausdrücklich begrüßt.

Wetzlar ist eine Stadt der Vielfalt, wo Menschen unterschiedlicher kultureller Identität und unterschiedlichen Glaubens eine friedliche Zukunft haben. Dies wird beispielsweise auch

durch die 'Modellregion Integration' der Hessischen Landesregierung unterstützt. Wir laden deshalb alle gesellschaftlichen und politischen Kräfte aus Stadt und Region ein, an diesem Gestaltungsprozess konstruktiv mitzuwirken.

Abstimmung über den ursprünglichen Antragstext: 26.30.0

TOP 3

1720/10

Jahresrechnung 2008

Überplanmäßige Ausgaben

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) folgenden Beschluss:

1. Die nach dem Ergebnis der Jahresrechnung 2008 im Verwaltungshaushalt festgestellten überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 10.417,27 Euro, die sich gemäß § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung im Einzelfall bis zu 5 % des Ansatzes belaufen, werden gemäß § 100 Abs. 1 Satz 3 HGO zur Kenntnis genommen.
2. Die nach dem Ergebnis der Jahresrechnung 2008 im Verwaltungshaushalt festgestellten überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 73.092,41 Euro, die sich gemäß § 7 Abs. 1 der Haushaltssatzung im Einzelfall auf mehr als 5 % des Ansatzes belaufen, sind erheblich und werden genehmigt.
3. Die nach dem Ergebnis der Jahresrechnung 2008 im Vermögenshaushalt festgestellten überplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 15.058,73 Euro werden gemäß § 100 Abs. 1 HGO genehmigt.

TOP 4

1752/10

Überplanmäßige Auszahlung Erneuerung Kunstrasenplatz Klosterwald gemäß § 114 g Hessische Gemeindeordnung (HGO)

StvV **V o l c k** verwies auf die Änderung im Mitteilungsblatt.

Bgm. **L a t t e r m a n n** gab davon Kenntnis, ihm sei vom Hauptnutzer mitgeteilt worden, dass es ggf. eine kostengünstigere Lösung geben könne, und zwar handele es sich um einen Betrag von 180.000 € gegenüber den in der Vorlage genannten 310.000 €. Ferner führte er aus, der Platz müsse aufgrund seines Zustandes dringend erneuert werden. Das Land werde die Maßnahme mit 50.000 € bezuschussen.

Des Weiteren, so Bgm. **L a t t e r m a n n**, gebe es in Wetzlar zwei Vereine mit Bedarf, und zwar Eintracht Wetzlar (Klosterwald) sowie der RSV Büblingshausen. Die Maßnahme für den letztgenannten Verein müsse geschoben werden.

Aufgrund der neuen Informationen bat FrkV **M i c h a l e k**, den Beschlusstext dahingehend abzuändern, dass die Formulierung „Mittel in Höhe von 310.000 €“

durch „Mittel in Höhe von **bis zu 310.000 €**“ ersetzt wird. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

OB **D e t t e** merkte an, wenn der Betrag niedriger ausfalle, werde sich dies im Nachtragshaushaltsplan 2010 niederschlagen.

Stv. **W a g n e r** rügte die Missachtung des Budgetrechts. Aufgrund der Antragsstellung am 01.02.2010 hätte die Maßnahme noch in der mittelfristigen Finanzplanung und in den Haushalt 2010 einfließen können. Außerdem genüge ihm die Information zur Finanzierung nicht. Des Weiteren kritisiere er, dass er die Information aus der Tagespresse erfahren habe und werfe daher dem Magistrat mangelnde Kooperation vor. Im Interesse der betroffenen Vereine werde die SPD der Vorlage zustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (51.0.5) folgenden Beschluss:

Im Finanzhaushalt werden unter der Investitionsnummer 0820300000 Erneuerung und Betriebseinrichtung Sportanlagen Mittel in Höhe von bis zu 310.000 € als überplanmäßige Auszahlung zur grundhaften Sanierung des Kunstrasenplatzes „Klosterwald“ in Wetzlar bereitgestellt.

TOP 5

1763/10

Neue Benutzungstarife Stadthalle Wetzlar/Bürgerhäuser

StvV **V o l c k** verwies auf die Änderung im Mitteilungsblatt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage aufgeführten Benutzungstarife für die Stadthalle und die Bürgerhäuser mit Wirkung zum 01.01.2011.

TOP 6

1727/10

Mitgliedschaft der Stadt Wetzlar im Hessischen Städte- und Gemeindebund

- StR Semler verließ gemäß § 25 HGO den Sitzungsraum -

FrkV **L e f è v r e** hielt die Begründung für nachvollziehbar. Die zu erwartenden Leistungen des Hessischen Städte- und Gemeindebundes seien die Mitgliedschaft wert. Der Einfluss der Stadt Wetzlar werde sich durch die Vizepräsidentschaft von StR Semler verstärken.

Stv. **W a g n e r** wunderte sich, wie das „Schiff Wetzlar“ ohne Mitgliedschaft beim Hessischen Städte- und Gemeindebund bisher auf „Kurs gehalten“ werden konnte. Dieser kommunale Spitzenverband sei nie eine „Speerspitze“ der Sonderstatusstädte

gewesen. Unter Hinweis auf die Kosten von 4.000 € in den ersten beiden Jahren und ab dem 3. Jahr von 24.000 € sowie im Hinblick auf die Kündigungsfrist von 2 Jahren lehne die SPD die Vorlage ab. Die Mitgliedschaft werde angestrebt, weil man StR Semler die prestigeträchtige Stelle im Präsidium aus koalitionsarithmetischen Gründen erhalten wolle.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste mehrheitlich (30.26.0) folgenden Beschluss:

Die Stadt Wetzlar wird ab dem 1. Juni 2010 Mitglied im Hessischen Städte- und Gemeindebund. Für das Haushaltsjahr 2010 werden unter dem Produkt Nr. 0115100 Presse-, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, Konto-Nr. 691000000 - Beiträge zu Wirtschaftsverbänden und Berufsvertretungen, sonstigen Vereinigungen (Pos. 13 Teilergebnishaushalt) - überplanmäßig 4.000 € bereitgestellt.

- StR Semler betrat den Sitzungsraum -

TOP 7

1729/10

Berichtswesen IV. Quartal

Keine Wortmeldungen.

Das Berichtswesen IV. Quartal 2009 (vorläufig zum 09.04.2010) für das Haushaltsjahr 2009 wird zur Kenntnis genommen.

TOP 8

1751/10

Bauleitplanung der Stadt Wetzlar, Stadtbezirk Niedergirmes Bebauungsplan Wetzlar Nr. 405 „Nahversorgungszentrum Naunheimer Straße/Dammstraße“

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) folgenden Beschluss:

1. Für das Anwesen Naunheimer Straße 36 und 36 a in Niedergirmes wird ein Bebauungsplan aufgestellt. Der Bebauungsplan erhält die Bezeichnung „Nahversorgungszentrum Naunheimer Straße/Dammstraße“.
2. Planziel ist die Ausweisung eines Sondergebietes für großflächigen Einzelhandel im Sinne § 11 Abs. 3 der Baunutzungsverordnung für ein Nahversorgungszentrum mit Lebensmittelvollsortimenter und Lebensmitteldiscounter, einem Drogeriefachmarkt, bis zu 3 im planungsrechtlichen Sinne kleinflächigen Fachmärkten sowie ergänzende Nutzungen, insbesondere Dienstleistungen. Vergnügungsstätten werden nicht zugelassen.
3. Der räumliche Geltungsbereich umfasst die Flurstücke Gemarkung Niedergirmes, Flur 5, Nr. 4/6, 15/5, 19/11 - 19/16, 22/2 – 22/9, 32/1, – 32/3, 33/4, 33/5 tlw., 39/15 tlw.,

165/2, 165/3, 166/4 und 179.

4. Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt im beschleunigten Verfahren gem. § 13a des Baugesetzbuches. Die Beteiligungsverfahren gem. §§ 3 und 4 des Baugesetzbuches sind einzuleiten.
5. Die Kosten des Bebauungsplanverfahrens einschließlich aller erforderlicher Fachgutachten und Untersuchungen sowie die auf Grund der Maßnahme erforderlichen baulichen Änderungen und Anpassungen der öffentlichen Verkehrsanlagen inklusive der hierfür notwendigen Planungsleistungen werden vom Vorhabenträger, der Firma WMOK Grundstücksgesellschaft mbH & Co.KG Großenlüder, übernommen. Einzelheiten sind in einem städtebaulichen Vertrag zu regeln.

TOP 9

1754/10

Feuerwehrhauptstützpunkt Wetzlar – Anbau einer Fahrzeughalle

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) folgenden Beschluss:

Der Planung zum Anbau einer Fahrzeughalle an den Feuerwehrhauptstützpunkt Wetzlar wird zugestimmt.

TOP 10

1779/10

Palais Papius

Präsentation hist. Parkettbodenbelag

Prüfungsauftrag

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, ob und mit welchem evtl. entstehenden Gesamtkostenaufwand eine sichtbare Präsentation des historischen Parkettbodenbelages im Ballsaal des Palais Papius erfolgen kann, z. B. durch Sanierung des Bodenbelages oder durch Abdeckung mit einer begehbaren Glasplatte.

Dem Bauausschuss ist Bericht zu erstatten.

TOP 11

1748/10

Schaffung einer Eisfläche an der Funsporthalle Westend

StvV Volck verwies auf die Änderung im Mitteilungsblatt.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (53.0.3) folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob die baulichen Voraussetzungen für die Schaffung einer Eisfläche an der Funsporthalle im Westend gegeben sind. Dabei sollen die Kosten und die Fördermöglichkeiten im Rahmen „Soziale Stadt“ geprüft werden.

TOP 12

1724/10

Nachfolge von Stadtrat Hauptvogel in verschiedenen Gremien

Keine Wortmeldungen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasste einstimmig (56.0.0) zu den Ziffern 15 bis 17 folgenden Beschluss (die Ziffern 1 - 14 wurden zur Kenntnis genommen):

Stadtrat Harald Semler wird als Nachfolger für Stadtrat Peter Hauptvogel ab 01.06.2010 für die folgenden Gremien bestellt:

1. Mitglied in der Gesellschafterversammlung der Arena Wetzlar GmbH
2. Vorsitzender der Betriebskommission Eigenbetrieb Wetzlarer Stadthallen
3. Vorsitzender in der Betriebskommission Eigenbetrieb Stadtreinigung Wetzlar
4. Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Flugplatz Gießen-Wetzlar GmbH
5. Stellvertreter von Stadtrat Werner Maxheim in der Sportkommission
6. Stellvertreter von Stadtrat Achim Beck in der Kommission „Stadtteilbeirat Silhöfer Aue/Westend“
7. Stellvertreter von Stadtrat Achim Beck in der Kommission „Stadtteilbeirat Niedergirmes“
8. Vertreter in dem Beteiligungsausschuss Regionalfonds Mittelhessen (RegioMITGmbH)
9. Stellvertreter von Oberbürgermeister Wolfram Dette im Aufsichtsrat der Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH
10. Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
11. Mitglied im Aufsichtsrat der Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH
12. Stellvertreter von Oberbürgermeister Wolfram Dette in der Gesellschafterversammlung Werner Gimmler Wetzlarer Verkehrsbetriebe und Reisebüro GmbH
13. Mitglied im Aufsichtsrat der Wetzlarer Wohnungsgesellschaft mbH

14. Vertreter in der Gesellschafterversammlung der Wetzlarer Hof Grundstücksverwaltung
15. Vertreter in dem Vorstand des Stadt-Marketing-Wetzlar e. V.
16. Stellvertreter von Stadtrat Achim Beck in dem Vorstandsvorstand des Zweckverbandes „Abwasserverband Wetzlar“
17. Stellvertreter von Oberbürgermeister Wolfram Dette in der Versammlung des Kommunalen Gebietsrechenzentrums Kommunale Informationsverarbeitung in Hessen (KIV in Hessen)

TOP 13

Vergabekommission

- Wahl eines Mitgliedes und eines stellv. Mitgliedes -

Gegen eine Wahl durch Handaufheben erhob sich kein Widerspruch.

Die Stadtverordnetenversammlung wählte einstimmig (54.0.0) Frau **Ruth Viehmann** (für das ausgeschiedene Mitglied Ursula Weiß) in die Vergabekommission .

Des Weiteren wählte die Stadtverordnetenversammlung einstimmig (54.0.0) Frau **Ursula Weiß** als stellv. Mitglied in die Vergabekommission (für Frau Ruth Viehmann).

TOP 14

1549/09

Komplettierung der Lichtzeichenanlage im Bereich Seibertstraße/Neustadt

Stv. **V o l k** berichtete, es seien bereits mehrere Anträge zur Herstellung der Barrierefreiheit gestellt worden, wobei ein Antrag abgearbeitet worden sei. Die Antwort des Magistrats zeige die Wertigkeit der Behindertenfrage aus Sicht des Magistrats.

StR **B e c k** wies auf die Komplexität der Situation der Verkehrsteilnehmer insgesamt hin. Deshalb werde versucht, Optimierungen in alle Richtungen vorzunehmen. Er habe volles Verständnis für das Anliegen von Stv. Volk, aber es seien auch Kompromisse erforderlich. Nach den Sommerferien werde es hierfür eine Simulation geben.

Stv. **P o h l** forderte eine Verlängerung der Freigabezeit und Erweiterung der Lichtzeichenanlage. Dazu gebe es entsprechende Empfehlungen. Nach seiner Auffassung werde hier etwas „totgerechnet“. Er wies auch darauf hin, dass dieser Kreuzungsbereich während des Hessentages 2012 eine Hauptstraße für Fußgänger werde.

TOP 15

Verschiedenes

- OB D e t t e informierte darüber, dass die Aufsichtsbehörde den Haushalt 2010 mit allen Ermächtigungen genehmigt habe. Im September werde der Aufsichtsbehörde ein Bericht zum Konsolidierungskonzept vorgelegt werden.
- StvV V o l c k machte auf die gemeinsame Sondersitzung des Sozial- und des Finanzausschusses bezüglich der Vorlage „Vergleichende Prüfung Jugendämter des Landesrechnungshofes“ am 10.06.2010, 18.00 Uhr, im Plenarsaal, aufmerksam. Neben den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses seien alle Stadtverordneten herzlich eingeladen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss StvV V o l c k die 38. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Der Stadtverordnetenvorsteher:

Der Schriftführer:

V o l c k

N i c k e l

gez.